

Winter 2021/22

PALÄSTINA-INFO



Ongoing Nakba • Apartheid in Israel/Palästina • Entmenschlichung • Jüdischer Antizionismus

Editorial

Vor ungefähr einem halben Jahr überschlugen sich die Ereignisse in Palästina/Israel. Viele internationale Medien berichteten aus den von Zwangsraumungen und Vertreibungen betroffenen Quartieren Ostjerusalems. Auch die Palästinenser:innen selbst machten verstärkt über die sozialen Medien auf sich aufmerksam. Mittlerweile ist das Medieninteresse wieder abgeflaut und hat sich anderen Schauplätzen auf der Welt zugewendet. Doch die Unterdrückung und Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung dauert an und ist weiterhin Realität. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch beurteilt die politische Praxis Israels gegenüber der palästinensischen Bevölkerung als Apartheid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Omar Shakir von Human Rights Watch erklärt im ersten Beitrag, warum. In den folgenden Artikeln werden die andauernden Vertreibungen (ongoing Nakba) und die systematische Diskriminierung der Palästinenser:innen anhand konkreter Beispiele beleuchtet. Um die Unterdrückungspraktiken zu rechtfertigen, werden Palästinenser:innen im israelischen Narrativ systematisch entmenschlicht, wie ein weiterer Beitrag feststellt. Als zweimal jährlich erscheinendes Magazin haben wir den Anspruch, nicht nur die neusten Nachrichten aus der Region wiederzugeben, sondern langfristige Entwicklungen zu analysieren. Der Fokus dieser Ausgabe liegt auf der seit über 70 Jahren andauernden Unterdrückung und Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung, die mit der Nakba 1947/48 ihren Ausgang nahm.

Wir wünschen eine gute Lektüre und freuen uns über Rückmeldungen und Spenden auf unser Postkonto 40-756856-2.

Cover: Permanente Präsenz der Besatzungsmacht. Foto: Michael Greub.

Kurzmeldungen

Palästinensische NGOs als terroristisch eingestuft

Das israelische Verteidigungsministerium verkündete am 19. Oktober, dass sechs palästinensische Menschenrechtsorganisationen – darunter die Union of Agricultural Work Committees, Al Haq und Adameer – auf eine Liste von Organisationen gesetzt wurden, die als terroristisch eingestuft werden. Ohne konkrete Angaben – das Militärgesetz erlaubt die Geheimhaltung der Beweislage – wird die Arbeit der NGOs kriminalisiert und dadurch stark eingeschränkt. Es bleibt zu hoffen, dass sich die internationale Gemeinschaft gegen diese Verschärfung einsetzt. tinyurl.com/yfw32fv4

Nein zur IHRA-Definition von Antisemitismus

Die sogenannte Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) zu Antisemitismus ist unscharf gefasst. Die zur Illustration mitgelieferten Beispiele mit Israelbezug bieten eine Grundlage, um legitime Kritik an der israelischen Politik als antisemitisch zu denunzieren. Zahlreiche NGOs und Expert:innen, namentlich aus der Holocaust- und Antisemitismusforschung, lehnen diese Definition ab und schlagen als Alternative die *Jerusalem Declaration on Antisemitism* vor. In der Schweiz hat der Bundesrat im Juni 2021 einen Bericht zur Anwendbarkeit der IHRA-Definition veröffentlicht. Gestützt auf eine rechtliche Analyse, anerkennt er die Definition zwar als Leitfaden zur Identifikation antisemitischer Vorfälle. Der Bericht und noch expliziter das Rechtsgutachten warnen aber vor einer Instrumentalisierung des Antisemitismusvorwurfs und betonen, dass der Schutz der Meinungsfreiheit insbesondere in Hinblick auf Kritik an der israelischen Politik zu wahren ist. Diese Warnungen sind nur zu berechtigt, wie Erfahrungen aus einigen europäischen Ländern zeigen.

Auch in der Schweiz hat der Israelitische Gemeindebund bereits entsprechenden Druck auf den Presserat ausgeübt, weil dieser einen Artikel gerügt hat, die BDS-Bewegung als antisemitisch bezeichnete. Gegen die politische Instrumentalisierung des Antisemitismusvorwurfs auf Basis der IHRA-Definition wurde daher eine Kampagne lanciert. jerusalemdeclaration.org und noihradefinition.co.uk

Der Fall Krähenbühl

Im Sommer 2019 wurden Pierre Krähenbühl, dem damaligen Generalkommissar des Flüchtlingshilfswerks UNRWA, anonym Unregelmässigkeiten in der Geschäftsführung und eine Liebesaffäre mit einer Finanzberaterin vorgeworfen. Nachdem die Medien aus dem Gerücht einen Skandal konstruiert hatten, nahm Aussenminister Ignazio Cassis die Gelegenheit wahr, die Schweizer Gelder für die UNRWA vorübergehend zu sistieren und Kritik an deren Funktionsweise zu üben. Krähenbühl trat in der Folge von seinem Amt zurück. Cassis war bis zu seiner Wahl in den Bundesrat Mitglied der Gesellschaft Schweiz-Israel. Eine von der UNO eingesetzte Untersuchungskommission ist inzwischen zum Schluss gekommen, dass sämtliche an Krähenbühl gerichteten Vorwürfe aus der Luft gegriffen sind, er keinerlei Reglemente verletzt hat und die Beziehung zu der Beraterin nie über die üblichen geschäftlichen Kontakte hinausgegangen ist. tinyurl.com/26jv9rpk

Die neue Regierung Israels

Nach der vierten Wahlrunde innerhalb von zwei Jahren wurde im Juni 2021 eine Regierungskoalition aus acht Parteien gebildet, die im Grunde nicht zusammenpassen. Die einigende Klammer des Bündnisses ist die Abneigung gegen den abgesetzten Premier Netanjahu, dem zurzeit wegen Korruption der Prozess gemacht wird.

Der starke Mann und neue Premier ist der Führer der Siedlerbewegung Naftali Bennet, ein Mann, der den Annexionsgelüsten von Netanjahu in nichts nachsteht. Die neue Regierung hat im ersten Haushaltsbudget mehr Geld für die in den Jahrzehnten zuvor finanziell vernachlässigten arabischen Gemeinden Israels bewilligt und hofft so, die palästinensische Einwohnerschaft von ihrer Solidarität mit den Palästinenser:innen in den besetzten Gebieten abzubringen. Aktuell ist die vorbereitete Annexion des Jordantals zwar auf Eis gelegt, aber nicht vom Tisch.

Jahresbilanz von B'tselem

B'tselem ist eine israelische Menschenrechtsorganisation. Der Name steht für Gleichheit aller Menschen. Die NGO listet für das Jahr 2020 den Blutzoll unbewaffneter palästinensischer Zivilpersonen, die von israelischen «Sicherheitskräften» getötet wurden, auf 27 Menschen, darunter sieben Jugendliche. 23 wurden im Westjordanland und in Ostjerusalem, drei innerhalb Israels Grenzen und eine Person im Gazastreifen, meist von Scharfschützen, erschossen. B'tselem dokumentiert seit rund 20 Jahren die Menschenrechtsverletzungen Israels. btselem.org

Friedensrat auf dem Holzweg

Der Schweizerische Friedensrat wurde 1945 gegründet und hat sich der Friedensförderung verschrieben. Die Organisation spielte in den 70er und 80er Jahren eine wesentliche Rolle innerhalb der pazifistischen Antikriegsbewegung und bei deren alljährlichen Ostermärschen. Bis heute gibt sie vierteljährlich die *Friedenszeitung* heraus. In der Ausgabe von Juni 2021 wurde unter dem Titel «Perspektiven für den Nahostkonflikt: Die Hoffnung der Narren» ein Artikel von Hagai Dagan aus der TAZ übernommen. Der Autor tut in seinem Text alles, um den Konflikt kleinzureden und ihn als eine Auseinandersetzung zwischen «Extremisten» beider Seiten darzustellen. Ein Mitglied des Friedensrates hat nun

eine Gegenstellungnahme verfasst und deren Veröffentlichung gefordert. Peter Weisshaupt, Chefredaktor der Zeitschrift, will dem Begehren nicht nachkommen. Weil die Art der Verharmlosung des Konflikts und der Gleichstellung von Täter und Opfer eine Konstante in der Berichterstattung praktisch aller unserer Medien ist, haben wir uns entschlossen, Interessierten den Disput zugänglich zu machen. Da Text und Gegentext das Volumen der Palästina-Infos übersteigen, haben wir die beiden Texte auf unsere Website gestellt. palaestina-info.ch

Lev Haolam, «Fairtrade» für Landräuber, nun auch in der Schweiz

Seit einiger Zeit reist eine Familie mit einem zum Marktstand umgebauten Wohnwagen in der Nordwestschweiz von Markt zu Markt. Die Aufschrift auf dem Vehikel lautet «Abraham's Fairtrade», die feilgebotenen Waren stammen aus Siedlungen im besetzten Westjordanland und den annektierten Golanhöhen. Hinter dem Unternehmen steckt die Siedlerorganisation Lev Haolam. Diese bekämpft, wie ihrer Website zu entnehmen ist, die BDS-Kampagne und verkauft exklusive Waren, die in völkerrechtswidrigen Siedlungen auf palästinensischem Gebiet hergestellt werden.

Deutsche U-Boote zum atomaren Arsenal Israels

Insgesamt sechs Unterseeboote der Marke Dolphin hat die deutsche Regierung im Zeitraum von 2007 und 2017 an Israel geliefert. Der von Deutschland gewährte Rabatt, das heisst der Anteil am Preis, der den deutschen Steuerzahlenden belastet wird, beträgt etwa ein Drittel der 1,5 Milliarden Euro. Der abgesetzte Premier Netanjahu hatte einen Teil der Verträge unterzeichnet und steht heute unter dem Verdacht, auch persönlich vom Deal profitiert zu haben. Israelische Ermittler haben in Deutschland recherchiert, aber eine Untersuchung deutscher Stellen hat «gegen konkrete inländische Personen kein(en) hinreichende(n) Tatverdacht bezüglich strafrechtlich rele-

vanten Handelns» gefunden. Drakon (Drachen), Tanin (Krokodil) und Leviathan (Seeungeheuer), wie die drei neueren Boote von der israelischen Marine getauft wurden, werden wohl weiterhin zu reden geben. tinyurl.com/day4rc96

Israels Sicherheitsindustrie und die Festung Europa

Frontex, die militärische Organisation, die dazu geschaffen wurde, Flüchtlinge von Europas Grenzen fernzuhalten, verfügt über ein Budget von mehreren Milliarden Euro und beschäftigt Tausende bewaffnete Grenzschützer. Diese werden in ihrem Bestreben, Flüchtende aufzuspüren und an den Grenzen zurückzuweisen, in zunehmendem Masse durch Überwachungs- und Zielfindungstechnologie aus Israel unterstützt. Italien, Griechenland sowie Deutschland haben dort Drohnen, Radarsysteme und Patrouillenschiffe besorgt. Die Entwicklung dieser durch Israels Waffenindustrie mit Firmen wie Elbit, Vint System und Israeli Aerospace Industries (IAI) entwickelten Technologien wird massgeblich von der EU mitfinanziert. Im letzten Jahr hat Frontex bei IAI Heron-Drohnen für maritime Patrouillen bestellt. barrikade.info/article/4790

Ben & Jerry's zeigt Courage

Im Juli 2021 hat die US-Firma Ben & Jerry's bekannt gegeben, sie sei der Ansicht, «dass Unternehmen Verantwortung tragen und die Möglichkeit haben, Veränderungen in der Welt herbeizuführen». Dies zur Begründung, weshalb in Zukunft darauf verzichtet wird, die illegalen Siedlungen im besetzten Westjordanland mit Eis zu beliefern. Seither ist über die Firma ein Tsunami an Verwünschungen hereingebrochen. tinyurl.com/tkau98

In eigener Sache

Ab der kommenden Nummer werden wir uns in einem neuen Layout präsentieren, das wir schon jetzt mit Vorfreude erwarten.

Die Realität der Apartheid

Nach 54 Jahren Besatzung kann von einem vorübergehenden Zustand keine Rede mehr sein. Apartheid in Palästina ist kein hypothetisches oder zukünftiges Szenario, sondern die Realität für Millionen von Palästinenser:innen. Zu dieser Analyse ist die NGO Human Rights Watch gekommen.

Omar Shakir

Im April veröffentlichte Human Rights Watch einen 213-seitigen Bericht mit dem Titel «A Threshold Crossed» (Eine Schwelle ist überschritten), in dem festgestellt wird, dass Israels Behörden sich der Apartheid und der Verfolgung, gestützt auf rassistische, politische und religiöse Motive, schuldig machen – beides Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Zu diesem Schluss sind wir auf Grundlage unserer Dokumentation der globalen Regierungspolitik Israels gekommen, die darauf abzielt, die Vorherrschaft jüdischer Israelis über die Palästinenser:innen aufrechtzuerhalten, gepaart mit schwerwiegenden Übergriffen gegen Palästinenser:innen, die im besetzten Gebiet einschliesslich Ostjerusalems leben.

In den vergangenen Monaten wurden immer mehr Stimmen von ehemaligen israelischen Botschaftern in Südafrika und jetzigen Knesset-Mitgliedern über den ehemaligen UN-Generalsekretär bis zum französischen Aussenminister laut, die im Zusammenhang mit Israels diskriminierender Behandlung der Palästinenser:innen, insbesondere im besetzten Gebiet, von Apartheid sprechen. Dennoch zögern viele in Europa, diese Bezeichnung auf das israelische Verhalten anzuwenden, selbst wenn sie die israelischen Menschenrechtsverletzungen kritisieren.

Angesichts der historischen Verantwortung ist Deutschlands Sorge um das Wohlergehen der jüdischen Menschen verständlich, aber das sollte nicht dazu führen, das diskriminierende Verhalten der israelischen Regierung hinzunehmen, insbesondere im besetzten Gebiet. Wer die Realität der Besatzung ignoriert, steckt den Kopf immer tiefer in den Sand.

Die gesamte Dimension erfassen

Das Problem beginnt damit, dass die israelische Regierung seit mehr als einem halben Jahrhundert die Kontrolle über das Land zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan ausübt. Das umfasst Israel und das besetzte Gebiet, in dem zwei etwa gleich grosse Bevölkerungsgruppen leben. In diesem gesamten Gebiet privilegieren die israelischen Behörden methodologisch eine der Gruppen, die jüdischen Israelis. Zugleich weisen sie der anderen Gruppe, den Palästinenser:innen, verschiedene minderwertige Rechte zu und diskriminieren sie systematisch. Am stärksten geschieht dies im besetzten Gebiet.

Wir haben uns in dem Bericht vorgenommen, Israels Behandlung der Palästinenser:innen in ganz Israel und im besetzten Gebiet zu bewerten. Dies taten wir auf der Grundlage jahrelanger eigener Forschung und durch Fallstudien, die das Leben auf palästinensischem Gebiet mit dem auf mehrheitlich oder ausschliesslich jüdischem Gebiet vergleichen. Zudem sichteten wir Planungsdokumente der Regierung, Aussagen von Beamten und eine Reihe anderer Dokumente.

Human Rights Watch kommt zu dem Schluss, dass die israelischen Behörden in ganz Israel und im besetzten Gebiet die Absicht verfolgen, jüdische Israelis auf Kosten der Palästinenser:innen zu privilegieren. Und zwar durch eine Politik, die darauf abzielt, das, was offen als «demografische Bedrohung» durch die Palästinenser:innen bezeichnet wird, zu schwächen und das verfügbare Land für jüdische Gemeinden zu maximieren. Gleichzeitig soll die Mehrheit der Palästinenser:innen auf dichte Enklaven

konzentriert werden. Diese Politik nimmt verschiedene Züge an und wird im besetzten Gebiet besonders unerbittlich verfolgt.

Dazu gehören die Bemühungen, die Regionen Negev und Galiläa Israels zu «judaisieren», wie es führende israelische Beamten ausdrücken. Zudem soll gemäss Entwicklungsplänen der Regierung eine «solide jüdische Mehrheit» auf dem Stadtgebiet von Jerusalem aufrechterhalten werden, zu der auch der von Israel einseitig annektierte und besetzte Ostteil gehört. Und schliesslich Bemühungen, «das Land zwischen den Bevölkerungszentren der [palästinensischen] Minderheit und deren Umgebung» im Westjordanland «jüdisch zu besiedeln», wie in den die Siedlungspolitik der Regierung leitenden Plänen festgehalten ist, sowie die «Trennung» zwischen Westjordanland und Gazastreifen weiterzuführen. Diese Politik dient durchweg demselben grundlegenden Ziel: möglichst viel Land, möglichst wenig Palästinenser:innen.

Weiter kommen wir zu dem Schluss, dass die israelischen Behörden schwerwiegende Misshandlungen begangen haben, die den Straftatbestand der Apartheid und Verfolgung aufgrund von rassistischen, politischen und religiösen Motiven erfüllen. Dazu zählen weitreichende Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, etwa in Form der seit 14 Jahren bestehenden Abriegelung des Gazastreifens, sowie das diskriminierende System von Bewilligungen im Westjordanland. Ebenso die Beschlagnahmung von mehr als einem Drittel des Landes im Westjordanland und die Verweigerung des Aufenthaltsrechts für Hunderttausende Palästinenser:innen und ihre Angehörigen.

Universelle Definition von Apartheid Israel hat für Millionen von Palästinenser:innen eine drakonische Militärherrschaft eingeführt und ihre grundlegenden Bürgerrechte ausser Kraft gesetzt. Gleichzeitig unterstehen jüdische Staatsbürger:innen, die im selben Gebiet leben, dem toleranteren israelischen Zivilrecht. In Teilen des

Westjordanlands hat Israel harte Bedingungen angeordnet, die dazu führen, dass Tausende von Palästinenser:innen aus ihren Häusern vertrieben wurden.

Diese Fakten haben wir dann anhand der relevanten Bestimmungen des internationalen Rechts – in diesem Fall des geltenden Diskriminierungsverbots – bewertet, das eine universelle Ächtung von Apartheid beinhaltet. Der Begriff wurde zwar in Bezug auf die spezifischen Praktiken in Südafrika geprägt, doch definieren internationale Verträge Apartheid als einen universellen Rechtsbegriff, der sich auf eine besonders schwere Form von diskriminierender Unterdrückung bezieht.

Das internationale Strafrecht, einschliesslich der Internationalen Konvention zur Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid von 1973 und des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs von 1998, definiert Apartheid als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das aus drei Hauptelementen besteht:

- 1) der Absicht einer rassistischen Gruppe, eine andere zu dominieren;
- 2) der systematischen Unterdrückung der marginalisierten Gruppe durch die dominante Gruppe; und
- 3) besonders schwerwiegender Verstösse in Form von unmenschlicher Behandlung.

Unter «rassistischer Gruppe» wird heute auch die Behandlung aufgrund der Herkunft und der nationalen oder ethnischen Identität verstanden. Das internationale Strafrecht kennt auch ein verwandtes Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die Verfolgung. Nach dem Römischen Statut und dem Völkergewohnheitsrecht besteht Verfolgung in der schwerwiegenden Vorenthaltung der Grundrechte einer rassistischen, ethnischen oder sonstigen Gruppe in diskriminierender Absicht.

Prominente warnende Stimmen

In Anwendung der Fakten auf die Gesetzeslage kam Human Rights Watch zu dem Schluss, dass die israelischen



Die dunkelblaue ID-Karte ist jüdischen israelischen Bürger:innen vorbehalten und bietet die meisten Freiheiten. Arabische Palästinenser:innen, die in Israel und im Westjordanland leben, erhalten eine von fünf Arten von Personalausweisen, die jeweils unterschiedliche Rechte begründen. Quelle: *Palestine News Network*.

Behörden Verbrechen gegen die Menschheit in Form von Apartheid und Verfolgung begehen. Wir sind zum Schluss gekommen, dass diese Verbrechen im besetzten Gebiet als Merkmale ein und derselben israelischen Regierungspolitik auftreten. Diese besteht darin, die Vorherrschaft jüdischer Israelis über die Palästinenser:innen in ganz Israel und dem besetzten Gebiet aufrechtzuerhalten. Im besetzten Gebiet ist sie verbunden mit systematischer Unterdrückung und unmenschlichen Handlungen gegen die dort lebenden Palästinenser:innen.

Der frühere israelische Premierminister Jitzhak Rabin (1922–1995) sowie führende Vertreter:innen aus den USA, Israels engstem Verbündeten, einschliesslich des ehemaligen Präsidenten Jimmy Carter und des ehemaligen Aussenministers John Kerry, haben in der Vergangenheit vor dem Szenario der Apartheid gewarnt, sollten sich die Dinge nicht ändern. Heute ist Apartheid kein hypothetisches Zukunftsszenario mehr. Eine 54-jährige Besatzung ist nicht vorübergehender Natur. Die Schwelle ist überschritten. Apartheid und die damit einhergehende Verfolgung sind für Millionen von Palästinenser:innen Realität. Ein Problem zu erkennen und richtig zu diagnostizieren, ist der erste

Schritt zu seiner Lösung. Die Überwindung der Apartheid ist entscheidend für die Zukunft – sowohl für die Palästinenser:innen als auch für die Israelis und für die Sache des Friedens.

Omar Shakir ist Direktor für Israel und Palästina bei Human Rights Watch.

Quelle: Online-Zeitschrift Zenith, A Threshold Crossed, tinyurl.com/5dasydix, 19.7.2021.

Ongoing Nakba 2021: Unerbittlicher Häuserkampf

Seit über 70 Jahren verfolgt Israel eine Politik der Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung. Ein bewährtes Mittel dafür ist die Zerstörung palästinensischer Häuser und die Vertreibung von deren Bewohner:innen. Im Mai 2021 setzte die palästinensische Bevölkerung auf beiden Seiten der Apartheidmauer ein Zeichen gegen diese anhaltende ethnische Säuberung.

Jonas Hinck



Israel lässt im Juli 2021 in Ostjerusalem palästinensische Häuser zerstören. Quelle: Active Stills.

In der Nacht schreckte ich plötzlich auf. Auf der sonst so ruhigen Seitenstrasse im Dorf Birzeit im Westjordanland, in dem ich für ein Austauschsemester gewohnt habe, war ein lautes Röhren zu hören. Licht drang durch die Gardinen. Doch als ich rauschaute, waren die Wagen schon weitergefahren und ich sah nichts mehr. Auf meinen Handy hatte ich die Nachricht eines Mitstudenten: «War es bei dir gerade auch so laut?»

Am Morgen an der Universität erfahren wir den Grund für den Lärm. Die israelische Besatzungsmacht war in der Nacht mit gepanzerten Fahrzeugen und einem Bulldozer in das Dorf zehn Kilometer nördlich von Ramallah gekommen und hatte in einer Strafaktion das Haus der Familie eines palästinensischen Gefangenen zerstört. Das Haus durfte gemäss einem israeli-

sehen Gericht nicht wieder aufgebaut werden. «Das Leid für Verwandte und Nachbarn, die nicht an den Straftaten beteiligt waren, ist gross, aber eine vernünftige und begrenzte Anwendung der Befugnis zur Beschlagnahme und Zerstörung von Häusern zu Abschreckungszwecken ist notwendig.» So begründeten die drei Richter den Zerstörungsbefehl. Weil einer Person eine Straftat vorgeworfen wird, werden deren Familienmitglieder aus ihrem Haus vertrieben. Das ist kein Einzelfall. Hunderte von Palästinenser:innen wurden auf diese Weise in den letzten Jahren obdachlos. So werden Familienmitglieder bestraft, die sich nichts haben zuschulden kommen lassen. Gemäss der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem stellt dies eine völkerrechtswidrige Kollektivstrafe

dar. Diese Hauszerstörung ist Teil einer umfassenderen Strategie der Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung durch den israelischen Staat.

Denn der damalige Vorfall im besetzten Westjordanland ist nur einer von vielen. Im Mai 2021 kam es in vielen Teilen des besetzten Gebiets und in Israel zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Auslöser waren unter anderem geplante und durchgeführte Enteignungen, Vertreibungen und Hauszerstörungen im von Israel illegal annektierten Ostjerusalem.

Brennpunkt Ostjerusalem

Im Quartier Scheich Dscharrah nördlich der Jerusalemer Altstadt fordern Siedlergruppen und von ihnen gegründete Stiftungen die Vertreibung mehrerer palästinensischer Familien. Wie im oben beschriebenen Fall spielen auch hier israelische Gerichte eine fragwürdige Rolle. Doch zunächst zur Vorgeschichte.

1948 vertriebene Palästinenser:innen fanden in Ostjerusalem, das damals von Jordanien kontrolliert wurde, Zuflucht. Das Flüchtlingshilfswerk UNRWA gab ihnen 1956 dort Land zum Bau eigener Häuser. Dafür gaben diese Palästinenser:innen ihren von der UNO anerkannten Flüchtlingsstatus auf. Nach der Besetzung des Westjordanlandes im Jahr 1967 erliess Israel auf Druck von Siedlerorganisationen 1972 spezifische Paragraphen im Verwaltungsrecht, die jüdischen Israelis erlauben, Ansprüche auf Land zu stellen, das vor der Gründung Israels angeblich jüdisch besiedelt war.

So haben Siedlerorganisationen vor Gericht erfolgreich argumentiert, dass das Land, auf dem das Quartier Scheich Dscharrah heute steht, 1876 während des Osmanischen Reichs teilweise von jüdischen Stiftungen gekauft worden sei. Auf Basis dieses gerichtlichen Entscheids wurden einige Familien vertrieben und ein Anbau am Haus der Familie al-Kurd von Siedler:innen besetzt. Muna und Muhammad al-Kurd, die 23-jährigen Zwillinge der Familie, wurden zu den bekanntesten Stimmen gegen die

Vertreibungen aus Scheich Dscharrah, führten diverse Proteste an und machten in den sozialen Medien auf die Situation in ihrem Stadtteil aufmerksam.

Juristische Deckmäntelchen

Im Mai ordnete ein Gericht in einer ersten Verfügung die Vertreibung der Palästinenser:innen aus ihren Häusern in Scheich Dscharrah an. Das führte zu grossem Widerstand in der Bevölkerung. Wichtig anzumerken ist, dass eine jüdische Siedlerorganisation Anspruch auf Land erheben kann, das angeblich 1876 Jüdinnen/Juden gehörte. Die geflüchteten Palästinenser:innen, die nun in Scheich Dscharrah leben, haben kein Anrecht, ihre 1948 verlorenen Besitztümer in Haifa, Jaffa oder Sarafand zurückzuverlangen oder dorthin zurückzukehren. Diese Politik ist Teil einer Strategie, Palästinenser:innen aus dem illegal annektierten Ostjerusalem ethnisch zu säubern, um Platz für jüdische Besiedlung zu machen. Der Vizebürgermeister Jerusalems, Arieh King, bekannte in einem im September ausgestrahlten Interview mit Radio SRF öffentlich, er strebe eine jüdische Mehrheit im gesamten Jerusalem an. Im Oktober 2021 schlug das israelische Gericht, das mit dem Fall Scheich Dscharrah betraut ist, einen sogenannten Kompromiss vor: Die Bewohner:innen der Häuser müssten den Besitz des Landes der jüdischen Siedlerorganisation anerkennen und ihr die Miete zahlen. Dafür wären sie 15 Jahre vor Vertreibungen geschützt. Viele Familien haben bereits abgelehnt, da sie damit anerkennen würden, dass das Land dieser jüdischen Siedlerorganisation gehört. Ihre Häuser könnten nach 15 Jahren trotzdem abgerissen werden.

Doch nicht nur in Scheich Dscharrah sollen Palästinenser:innen vertrieben werden. Auch im Quartier Silwan, auf der anderen Seite südlich der Jerusalemer Altstadt gelegen, sollen Häuser zerstört und palästinensische Anwohner:innen vertrieben werden. Auch hier beanspruchen Siedlerorganisationen Gebäude, mit der Begründung, diese hätten vor

1948 Jüdinnen und Juden gehört. In Silwan kommen zwei weitere Taktiken zum Zug. In diesem Stadtteil, der dem Tempelberg am nächsten liegt, vermuten einige Archäolog:innen die 5000 Jahre alten Ursprünge der Stadt Jerusalem. Damit dort Grabungen stattfinden können, werden immer wieder Teile des Quartiers zu Militärzonen erklärt. Dafür müssen zuerst die Häuser der palästinensischen Bewohner:innen zerstört werden. Zudem werden touristische Themenparks wie die «City of David» und «The Park of the King» gebaut, wofür wiederum Palästinenser:innen vertrieben werden. Im Falle des Park of the King wird behauptet, das Areal sei ein in der Bibel erwähnter Park der davidisch-salomonischen Könige. Gemäss B'Tselem gibt es jedoch selbst für diese fragwürdige Begründung keinerlei archäologische Beweise. Die israelischen Behörden argumentieren zudem, die Bewohner:innen von Silwan hätten keine Baubewilligung für ihre Häuser beantragt oder erhalten, weshalb sie diese abreißen müssten. Eine Baubewilligung im illegal annektierten Ostjerusalem zu erhalten, ist für Palästinenser:innen jedoch fast unmöglich.

Breite Solidarität

Solche Hauszerstörungen und Vertreibungen erleben Palästinenser:innen sowohl in Jerusalem als auch im Westjordanland laufend. Die Vertreibungen aus Scheich Dscharrah und Silwan und die Proteste dagegen lösten sowohl im Westjordanland als auch in Israel grosse Solidarität aus. Das ist nicht selbstverständlich. Denn Israel hat die Palästinenser:innen auf beiden Seiten der Waffenstillstands-



Proteste in Scheich Dscharrah, 2021. Quelle: Creative Commons.

linie von 1967 durch den Bau von Mauern und Checkpoints voneinander isoliert und verfolgt eine *divide-and-rule*-Taktik, die sie unterschiedlichen Rechtssystemen unterstellt. Im Mai 2021 stand die sonst oft gesplittene palästinensische Gesellschaft jedoch zusammen und wehrte sich gemeinsam gegen die anhaltenden Vertreibungen. Die Palästinenser:innen im Westjordanland können sehr gut nachvollziehen, was den Palästinenser:innen in Ostjerusalem widerfährt. Das geteilte Leid rückte sie näher zusammen und es kam zu gemeinsam organisierten Generalstreiks und Demonstrationen in allen Landesteilen. Der Protest richtete sich gegen die jüdischen Siedlerorganisationen wie auch den israelischen Staat, der diese unterstützt und gewähren lässt. Durch sein Rechtssystem verleiht der Staat diesen Vertreibungen eine scheinbare Legalität und Legitimität. Das israelische Militär und andere Sicherheitskräfte setzen Gerichtssentscheide dann mit grosser Härte durch.

Seit der Nakba 1948 bedient sich Israel derselben Mittel, um das rechtmässige Wohneigentum der Palästinenser:innen zu zerstören und die Bewohner:innen zu vertreiben. Das Ziel ist das Gleiche geblieben: die palästinensische Bevölkerung des historischen Palästinas weitgehend loszuwerden.

Leben in der Unplanbarkeit

Seit der Vertreibung von vier Fünfteln der palästinensischen Bevölkerung im Zuge der Staatsgründung Israels, der Nakba, setzt sich der Prozess bis heute mehr oder weniger schleichend oder offensichtlich fort. Die Ongoing Nakba kennt viele Gesichter, ein paar sind hier beispielhaft dargestellt.

Birgit Althaler

Sie leben an unterschiedlichen Orten in oder ausserhalb des vom Staat Israel kontrollierten Gebiets und unterliegen unterschiedlichen Gesetzgebungen. Sie alle sind aber in vielfältiger Weise vom Wahn der israelischen Gesellschaft betroffen, Palästinenser:innen möglichst loswerden zu wollen, um aus dem historischen Palästina einen als jüdisch definierten Staat zu machen.¹ Der Preis sind alltägliche Schikanen, permanente Willkür und Unsicherheit sowie die systematische Einschränkung persönlicher wie kollektiver Freiheiten. Der Preis ist die Verweigerung fundamentaler Rechte: auf ein Leben in Sicherheit, auf Bewegungsfreiheit, auf Nahrung und Bildung, ja sogar die Verweigerung des Rechts auf die eigene Geschichte, Kultur und Sprache.

Norden

Haneen (46), Lehrerin aus dem palästinensischen Flüchtlingslager Raschidieh im Libanon, darf nicht zum Begräbnis ihrer Grosstante im rund 90 Kilometer entfernten Nazareth fahren. Sie ist eine von rund 1,5 Millionen Palästinenser:innen, die vor allem in Nachbarländern Israels in Flüchtlingslagern leben. Weltweit gibt es rund 5 Millionen beim UN-Hilfswerk UNRWA offiziell registrierte und weitere 2 Millionen nicht registrierte palästinensische Flüchtlinge. Rund vier Fünftel der damaligen Bevölkerung wurden 1947/48 im Zuge der Staatsgründung Israels vertrieben oder sind geflüchtet. Ihnen und ihren Nachkommen hat Israel entgegen völkerrechtlichen Verpflichtungen und üblichen Gepflogenheiten bis-

lang die Rückkehr verweigert. Viele Familien wurden dadurch zerrissen, obwohl sie in unmittelbarer geographischer Nähe zueinander leben.

Jamal (56) muss sich in Hebron während der Arbeit wiederholt von SiedlerInnen beschimpfen lassen. Als Sozialarbeiter ist er dafür zuständig, die Lebenssituation der Palästinenser:innen in der Altstadt zu überprüfen. In einem städtischen Programm wird versucht, durch gezielte Arbeitsvermittlung, Gesundheitsdienste und Gemeinschaftsprojekte die rapide Abwanderung der rund 30 000 palästinensischen Bewohner:innen des von Israel kontrollierten Teils von Hebron zu bremsen. Über 1000 Wohnungen und rund 2000 Geschäfte von Palästinenser:innen wurden von Armee und Polizei beschlagnahmt oder versiegelt. Die alteingesessene Bevölkerung ist es leid, von den rund 800 jüdischen Siedler:innen, die immer mehr palästinensische Häuser in Besitz nehmen, attackiert zu werden. Wer genügend Einkommen hat, jung und flexibel genug ist, sucht sich daher oft eine Wohnung in den neueren Stadtteilen Hebrons, während das alte Zentrum zu einer Geisterstadt zu verkommen droht. *Daoud* (52) aus Nazareth bemüht sich seit Jahren erfolglos, ein Areal zum Ausbau seiner Autowerkstatt zu erwerben. Er arbeitet seit über 30 Jahren im Betrieb, den er von seinem Vater übernommen hat. Mit rund 80 000 Einwohner:innen ist Nazareth die grösste palästinensische Stadt im heutigen Israel. Sie wurde 1948 als eine der wenigen weitgehend von Vertreibungen verschont. Doch ihre Expansion wird durch die israelischen Planungsbehörden seither aktiv behindert. Der Norden Israels (Galiläa) gehört wie der Süden (Naqab)

zu den Gebieten mit hohem palästinensischem Bevölkerungsanteil, für den die Regierung eine Verschiebung des demografischen Gleichgewichts durch sogenannte «Judaisierung» vorsieht. Seit 1948 wurden für die jüdische Bevölkerung über 900 Ortschaften und Stadtteile entwickelt, Industriezonen errichtet und landwirtschaftliche Flächen zur Bewirtschaftung vergeben. Palästinensischen Ortschaften und Städten werden dagegen keine Entwicklungsgebiete zugesprochen. Im Gegenteil: Das verbleibende palästinensische Land wird oft als Landwirtschafts- oder Grünzone eingezont, was den Bau neuer Häuser verhindert. Selbst in den Städten sind Baubewilligungen rar, sodass Schätzungen zufolge über 60 000 nicht genehmigten palästinensischen Häusern die Zerstörung droht.

Zentrum

Rami (28) darf nach seinem Master-Studium in Soziologie in Montreal nicht mehr in seine Geburtsstadt Jerusalem zurückkehren. Er ist einer der über 15 000 gebürtigen Jerusalemit:innen, denen die israelischen Behörden seit Beginn der Besetzung 1967 das Aufenthaltsrecht in der Stadt entzogen haben. Die Stadtverwaltung verfolgt eine Bevölkerungspolitik, die den Anteil der heute rund 350 000 palästinensischen Einwohner:innen Jerusalems willkürlich auf höchstens 40 Prozent beschränkt. Die Massnahmen zur Durchsetzung dieses Ziels sind erfindungsreich. Die An- und Aberkennung des sogenannten «permanenten» Aufenthaltsstatus unterliegt der Willkür des Innenministeriums. Sozialleistungen und Infrastruktur im palästinensischen Ostjerusalem werden völlig vernachlässigt und Baubewilligungen kaum erteilt, während sich jüdische Siedler:innen immer weiter ausbreiten dürfen. Wer in einen Vorort ausweicht oder eine Zeit im Ausland oder im Westjordanland lebt, darf nicht mehr zurück.

Khaled (28) aus Tulkarem hat keine Aussicht darauf, zu seiner Verlobten im 30 Kilometer entfernten Umm al-Fahim

zu ziehen. Er ist einer von rund 3,6 Millionen Palästinenser:innen, die im besetzten Westjordanland leben, seine Verlobte gehört dagegen zu den 20 Prozent palästinensischen Bürger:innen Israels. Während Palästinenser:innen aus dem besetzten Gebiet vor 1993 weitgehend ungehindert auch in Israel arbeiten durften, kennt die jüngere Generation nur ein striktes Regime individueller Bewilligungen und Kontingente sowie Phasen strikter Ausgangssperren. Die palästinensische Wirtschaft leidet massiv unter der eingeschränkten Bewegungsfreiheit für Menschen und Güter. Die Willkür der Militäradministration verhindert jegliche ökonomische wie private Planungssicherheit. Seit 2003 sind palästinensische Familienzusammenführungen in Israel von Gesetzes wegen praktisch ausgeschlossen. Familien werden entweder auseinandergerissen oder die Angehörigen mit israelischem Pass verlieren ihre Staatsbürgerschaft, wenn sie in das besetzte Gebiet umziehen. Manche landen als Notlösung in einem vernachlässigten Stadtteil Ostjerusalems, der offiziell innerhalb der Stadtgrenzen liegt, aber durch Mauer und Checkpoints vom Zentrum abgetrennt ist – ein prekärer Sonderstatus.

Süden

Amal (8) muss gerade zum fünften Mal miterleben, wie ihr Schulhaus aus Wellblech im Beduinendorf al-Araqib von Bulldozern niedergewalzt wird. Sie stammt aus einer Familie arabischer Beduin:innen mit israelischer Staatsbürgerschaft. Diese machen rund ein Drittel der Bevölkerung im südlichen Distrikt von Beersheba (Naqab/Negev) aus. Etwa die Hälfte ihrer Ortschaften sind vom Staat nicht anerkannt und entbehren öffentlicher Infrastrukturen. Die Regierung erhebt Anspruch auf das traditionell von Beduin:innen genutzte Land und plant, rund 40 000 von ihnen in Retortenstädte umzusiedeln, in denen Armut und Arbeitslosigkeit grassieren. Manche Ortschaften wehren sich gegen ihre Vertreibung und bauen die von der Regierung

zerstörten Infrastrukturen und Zelte jeweils notdürftig wieder auf. In Al-Araqib sind die Bulldozer schon rund 200-mal aufgefahren. Letztes Jahr wurden allein im Naqab/Negev 2586 Gebäude zerstört, aber auch im Jordantal werden von der Besatzungsarmee Beduinensiedlungen als illegal erklärt und dem Erdboden gleichgemacht.

Westen

Fadela (31), eine Nachwuchsautorin aus Beit Hanoun im Gazastreifen, hämmert bei Kerzenlicht die letzten Zeilen in ihren Laptop, bevor der Akku leer ist und sie warten muss, bis es wieder Strom gibt. Sie ist eine der rund 1,4 Millionen von der UNO registrierten Flüchtlinge, die im Gazastreifen leben und rund zwei Drittel der dortigen Bevölkerung ausmachen. Ihre Grosseltern wurden 1948 aus der Gegend um Lydd vertrieben. Seit ihrer Jugend hat sie unzählige israelische Militäroperationen miterlebt, darunter vier massive Kriege, die enorme Zerstörung angerichtet und einen hohen Blutzoll gefordert haben. Wie alle anderen in diesem schmalen Küstenstreifen leidet sie unter den katastrophalen Lebensbedingungen des seit 2007 abgeriegelten Gebiets. Als Sprachstudentin hat sie das Glück, Teil eines literarischen Austauschprojekts zu sein, das ihr zeitweise über das Gefühl völliger Perspektivlosigkeit hinweghilft. Ihre Chancen, die Länder ihrer Chat-Kolleg:innen zu bereisen, sind praktisch inexistent. Immer wieder kommen



angesichts der auf wenige Stunden am Tag beschränkten Stromversorgung auch die virtuellen Kontakte zum Erliegen.

Rita (40) aus Haifa wird von der Polizei gewaltsam an der Besichtigung der zerstörten Ortschaft Saffuriye gehindert. Sie gehört zu den 20 Prozent palästinensischen Staatsbürger:innen Israels. Seit einigen Jahren dokumentiert sie als Hobbyfotografin mit einer gemischten Gruppe jüdischer und palästinensischer Aktivist:innen die Überreste zerstörter palästinensischer Ortschaften und Stadtteile. Motiviert wurde sie durch eine Ausstellung, in der auch die Geschichte des Dorfs dokumentiert war, aus dem ihre Grosseltern 1948 vertrieben worden waren. Mit anderen Nachkommen organisiert sie Besuche und Touren zu den Überresten einzelner Dörfer und beteiligt sich an Projekten, die sich konkret mit der Rückkehr der Flüchtlinge und dem Aufbau einer gleichberechtigten Gesellschaft befassen. Seit Verabschiedung des Nationenstaatsgesetzes 2018 ist es palästinensischen Staatsbürger:innen Israels allerdings verboten, offizielle Gedenkveranstaltungen zur Nakba zu organisieren.

Osten

Lina (58) aus Russland lebt als Ärztin mit ihrem palästinensischen Mann seit 32 Jahren in Betlehem. Nun bangt sie um die Verlängerung ihrer Aufenthaltsbewilligung. Sie gehört zur Gruppe der meist weiblichen ausländischen Ehepartner:innen von Palästinenser:innen, die im Westjordanland leben, ohne ihren Status dauerhaft legalisieren zu können. Sie müssen regelmässig neue Visa beantragen, was kosten- und zeitintensiv ist und auch verweigert werden kann. Schätzungen zufolge leben aktuell rund 30 000 Familien in so einer unsicheren Situation. Lange Zeit wurde die Präsenz ausländischer Ehepartner:innen mehr oder weniger geduldet, 2008/09 erhielten rund 50 000 von ihnen eine Aufenthaltsbewilligung, die sie aber ebenfalls regelmässig erneuern müssen. Seit einigen Jahren hat Israel die Praxis

¹ Alle genannten Personen sind fiktiv, ihre Geschichten tragen sich in ähnlicher Form aber tagtäglich zu. Die Fakten sind bei einer Recherche zu passenden Stichwörtern gut auffindbar.

verschärft. Betroffenen wird nach einer Auslandsreise die Rückkehr verweigert, Aufenthaltsbewilligungen werden nicht oder nur für wenige Wochen oder Monate verlängert. Neuerdings dürfen viele nicht mehr über den nahe gelegenen Flughafen Tel Aviv aus- und einreisen, weil die Bewilligungen nur für das Westjordanland ausgestellt werden. Frauen werden ausgewiesen, wenn sich ihr palästinensischer Ehepartner beruflich im Ausland befindet. Manche dieser Sans Papiers getrauen sich aus Angst vor Kontrollen seit Jahren kaum noch aus ihren Häusern und Dörfern. *Rashid* (36) erntet als schlecht bezahlter Lohnarbeiter auf dem Land, das eigentlich seiner Familie gehört, Datteln für jüdische Siedler:innen. Er ist einer der rund 20 000 palästinensischen Arbeitskräfte, die in einer der 38 völkerrechtswidrig erbauten israelischen Siedlungen im Jordantal arbeiten. Die meisten sind auf Privatland von Palästinenser:innen errichtet, die zuvor enteignet oder vertrieben wurden. Mangels anderer Einkommensquellen sehen sich Letztere gezwungen, unter prekären Arbeitsbedingungen als Erntehelfer zu arbeiten. Wer protestiert, riskiert nicht nur seine Stelle, sondern auch die Arbeitsbewilligung. Während israelische Siedlungen und Landwirtschaftsbetriebe völkerrechtswidrig immer weiter ausgebaut werden, haben Palästinenser:innen weder im besetzten Gebiet noch in Israel das Recht, landwirtschaftliche Flächen zu erwerben. Wer noch Land besitzt, wird mit behördlichen Auflagen in dessen Bewirtschaftung eingeschränkt. Ein Ende der alltäglichen Katastrophe aus Vertreibung und Enteignung der Palästinenser:innen und der Zerstörung ihres gesellschaftlichen Zusammenhalts ist nicht in Sicht: The Nakba goes on.

Die Strategie der Entmenschlichung

Israel hat für jede alltägliche Erniedrigung und Menschenrechtsverletzung gegenüber Palästinenser:innen eine Rechtfertigung. Sie geht meist einher mit einer anhaltenden Dehumanisierung der palästinensischen Bevölkerung. Diese Strategie ist so erfolgreich, dass sie die aktuellen Machtstrukturen erhält – auch, da viele Medien sowie jüdische Israelis das Narrativ mittragen.

Jenny Hut



«67 Kinder in Gaza getötet. Das ist der Preis des Kriegs.» Die Titelseite der Zeitung *Haaretz* sorgte für eine Welle der Empörung.

«Dehumanisierung beschreibt den Prozess, einer anderen Person oder einer anderen sozialen Gruppe ihre Menschlichkeit (gänzlich oder teilweise) abzuspüren.»¹ Diese Strategie ist auch im Kontext der systematischen Unterdrückung der Palästinenser:innen äusserst relevant. Israel macht sie sich zu eigen, um die anhaltende Nakba zu rechtfertigen – von den ethnischen Säuberungen ab 1947 bis hin zur Besetzung mit all ihren alltäglichen Erniedrigungen. Entmenschlichung ist gemäss dem politischen Kommentator Ra'fat Al-Dajani² tief in Israels Narrativ über die Palästinenser:innen verankert und funktioniert daher so erfolgreich. Zuerst werden Palästinenser:innen als inhärent gewalttätig und hasser-

füllt dargestellt. Ihre Überzeugungen und Handlungen sowie der anhaltende Widerstand werden nicht als Reaktion auf die andauernde Unterdrückung und Gewalterfahrung interpretiert. Vielmehr spricht Israel allen Palästinenser:innen einen tief sitzenden Hass auf die jüdische Bevölkerung zu, der mit ihrer Identität und ihrer Kultur untrennbar verbunden sei. Der ehemalige israelische Polizei-Chef Roni Alsheich drückte diese Überzeugung folgendermassen aus: «Während wir uns entschieden haben, das Leben zu heiligen, [...] haben sich unsere Feinde entschieden, den Tod zu heiligen. Ihre versteckte Botschaft lautet, dass das Leben keine Bedeutung hat und dass man mit einem Knopfdruck oder dem Zücken eines Messers in eine bessere Welt übergehen kann.» Seine Aussage illustriert, wie antimuslimischer Rassismus, der darin besteht, Muslime mit Eigenschaften wie «rückständig» und «gewalttätig» zu assoziieren,

1 Haslam, N., Loughnan, S., Sun, P. (2011). Beastly: What makes animal metaphors offensive? *Journal of Language and Social Psychology*, 30(3), 311–325. doi: 10.1177/0261927X11407168.

2 Ra'fat Al-Dajani (2018). Israel's dehumanization of Palestinians enables oppressive occupation. tinyurl.com/9deu248w.

dazu dient, Palästinenser:innen zu dehumanisieren. Dieser Rassismus schwelt in der israelischen Gesellschaft nicht nur unter der Oberfläche, er tritt immer wieder offen zutage. Wenn die israelische Besatzung den Weg in die Berichterstattung grosser internationaler Medien findet, ist die Rechtfertigung der damit einhergehenden Gewalt nötiger denn je. Der antimuslimische Rassismus erscheint dann noch offensichtlicher – so auch im letzten Mai, als Israel die Zivilbevölkerung Gazas nächtelang bombardierte. Darauf deutet der sogenannte «Index of Racism»-Report von Tamleh hin, dem Arabischen Zentrum für die Förderung sozialer Medien.³ Dieser verzeichnete im Mai 2021 im Kontext der israelischen Angriffe 15 Mal mehr antipalästinensische Äusserungen in sozialen Medien als im gleichen Zeitraum im Jahr zuvor. Der grösste Teil, 40 Prozent der untersuchten Beiträge, war explizit rassistisch gegen Palästinenser:innen und Araber:innen.

Wirkung auf kollektive Wahrnehmung

Diese Strategie der Entmenschlichung bereitet den Weg für folgendes Argument Israels: Die palästinensische Bevölkerung hat nicht die gleichen Rechte verdient, weil es ihr an grundlegenden Moralvorstellungen mangelt. So ist es ein Leichtes, Gewalt gegen Palästinenser:innen zu legitimieren. Mit solch irrationalen, brutalen und unmenschlichen Personen lasse sich nicht vernünftig reden. Der einzige Weg, so die Argumentation, ist also die Anwendung von Gewalt – sei es durch staatliche Akteure wie die Armee oder nicht-staatliche wie jüdische Siedler:innen. Die kontinuierliche Dehumanisierung erlaubt dem Staat Israel, Menschenrechtsverletzungen an Palästinenser:innen ohne grösseren Aufschrei zur Tagesordnung werden zu lassen, da diese nicht mehr als vollwertige Menschen wahrgenommen werden.

3 Tamleh releases a new research on hate speech on social media platforms among Palestinians: tinyurl.com/y5s46kz6.

Diese Entmenschlichung hat eine kumulative, nachhaltige Wirkung auf die kollektive Wahrnehmung jüdischer Israelis. Sie könnte eine Erklärung dafür sein, weshalb sich in der jüdisch-israelischen Zivilgesellschaft kaum Widerstand regt. Versuche, Palästinenser:innen als vollwertige Menschen darzustellen, lösen gar Wellen der Empörung aus. So etwa, als die Tageszeitung *Haaretz* am 27. Mai 2021 auf ihrer Titelseite die Gesichter von 67 palästinensischen Kindern abbildete, die im Mai Israels Angriffen auf Gaza zum Opfer gefallen waren. Oder als ein Moderator des israelischen Militärradios die Trauer von israelischen und palästinensischen Eltern verglich, die die Leichen ihrer getöteten Kinder von der israelischen Regierung oder der Hamas nicht zurückerhalten hatten. «Dem Feind» Gesichter und Emotionen zuzusprechen, könnte die Dehumanisierung ins Wanken bringen.

Auch Medien entmenschlichen

Auch in Medien ausserhalb Israels dominiert diese israelische Perspektive. Oft verstecken sich in vermeintlich objektiven Berichterstattungen entmenschlichende Darstellungen und Formulierungen. So bebilderte die *bz Basel* am 15. Mai 2021 einen Artikel zu den jüngsten Geschehnissen mit trauernden Soldat:innen der Armee sowie Israelis, die sich in Bunkern verstecken – als betroffene Menschen also, die sichtbar leiden. Palästinenser:innen waren auf keinem der vier Bilder sichtbar. Die Legende zu einem Bild mit israelischen Panzern erwähnte lediglich: «Israelische Artilleriegruppen schiessen Richtung Gazastreifen. 150 Ziele wurden angegriffen.» Solche unpersönlichen Beschreibungen dehumanisieren ebenfalls und tragen massgeblich zur Wahrnehmung und Meinungsbildung in der Schweiz bei. Diese zahllosen Versuche der Dehumanisierung von Palästinenser:innen gilt es also auch in der Schweiz immer wieder aufzudecken.

Jüdischer Antizionismus

In einem Gespräch mit der Zeitschrift *In These Times* spricht der Literaturwissenschaftler Benjamin Balthaser über den jüdischen Antizionismus der Arbeiterklasse in den 1930er und 1940er Jahren.



Ein Wahlplakat des Allgemeinen Jüdischen Arbeitsbundes von 1917, Kiew. Die Überschrift lautet: «Wir leben, da ist unser Land».

Balthaser geht auf die kolonialen Ursprünge des modernen Zionismus und die Auseinandersetzung der jüdischen Linken mit diesem ein. Er sieht im Zionismus eine Form des rechten Nationalismus, der dem Internationalismus der Arbeiterklasse grundsätzlich entgegenstehe und eine Form des Imperialismus darstelle. Ein Auszug aus dem Interview von Sarah Lazare mit Benjamin Balthaser.

Sarah Lazare: Können Sie erklären, was die Ideologie des Zionismus ist? Wer hat sie entwickelt und wann?

Benjamin Balthaser: Man muss hier verschiedenes auseinanderhalten. Zunächst einmal gibt es eine lange jüdische Geschichte, die der Ideologie des Zionismus vorausgeht und in der Jerusalem, das alte Königreich Judäa, als Ort kultureller, religiöser und, man kann sagen, messianischer Sehnsucht betrachtet wird. Wenn Sie die jüdische Liturgie kennen, gibt es Verweise, die Tausende von Jahren zurückreichen, auf das Land Zion, auf Jerusalem, das alte Königreich, das von den Römern zerstört wurde.

Im Laufe der jüdischen Geschichte gab es immer wieder verhängnisvolle Versuche, in das Land Palästina «zurückzukehren», wie zum Beispiel Sabbatai Zevi im 17. Jahrhundert. Im Grossen und Ganzen [...] gab es aber keinen Wunsch, tatsächlich dorthin zu ziehen, abgesehen von kleinen religiösen Gemeinschaften in Jerusalem und natürlich der kleinen Anzahl von Juden/Jüdinnen, die unter dem Osmanischen Reich weiterhin in Palästina lebten – etwa fünf Prozent der Bevölkerung. Der zeitgenössische Zionismus, insbesondere der politische Zionismus, schöpft aus diesem grossen Reservoir kultureller Sehnsüchte und religiöser Texte, um sich zu legitimieren, und genau hier liegt die Verwirrung.

Der moderne Zionismus entstand im späten 19. Jahrhundert als eine europäische nationalistische Bewegung. Und ich denke, so muss man ihn auch verstehen. Er war eine dieser vielen europäischen nationalistischen Bewegungen unterdrückter Minderheiten, die versuchten, aus den verschiedenen Kulturen West- und Osteuropas ethnisch homogene Nationalstaaten zu schaffen. Und es gab viele jüdische Nationalismen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, von denen der Zionismus nur einer war.

Es gab den Jüdischen Bund, eine linkssozialistische Bewegung, die im frühen 20. Jahrhundert an Bedeutung gewann und einen entterritorialisierten Nationalismus in Osteuropa vertrat. Hätte der Holocaust den Bund und andere jüdische Sozialist:innen in Osteuropa nicht ausgelöscht, würden wir heute vielleicht in einem ganz anderen Kontext über jüdischen Nationalismus sprechen. Natürlich gab es zu Sowjetzeiten Experimente, um jüdische autonome Zonen in den Gebieten zu schaffen, in denen Juden/Jüdinnen lebten, wie das wahrscheinlich bekannteste in Birobidschan, aber auch ein sehr kurzes in der Ukraine oder anderswo in der Sowjetunion, die auf der jüdischen Idee des Dojkait, der Diaspora und der jiddischen Sprache und Kultur beruhten.

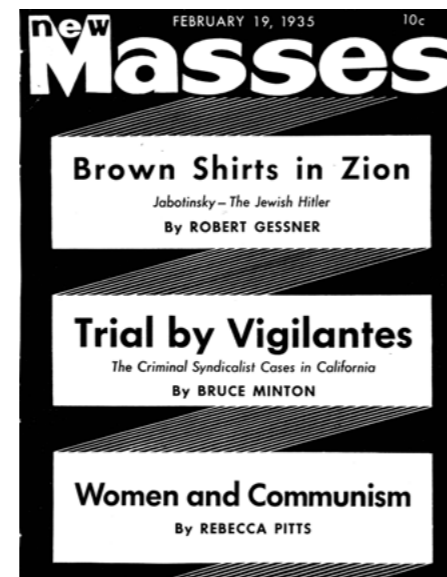
Der Zionismus war eine dieser kulturellen nationalistischen Bewegungen. Der Unterschied bestand darin, dass die Bewegung sich auf den britischen Kolonialismus stützte – eine Beziehung, die in der Balfour-Erklärung von 1917 deutlich gemacht wurde – und tatsächlich versuchte, aus einer britischen Kolonie, dem Mandatsgebiet Palästina, ein eigenes Land zu schaffen und den britischen Kolonialismus zu nutzen, um sich im Nahen Osten zu etablieren. [...]. In gewisser Hinsicht könnte man sagen, dass der Zionismus eine giftige Mischung aus europäischem Nationalismus und britischem Imperialismus ist, die auf ein kulturelles Reservoir jüdischer Sagen und Mythologien aufgepfropft wurde, die aus der jüdischen Liturgie und Kultur stammen.

Sarah Lazare: Eine der Grundaussagen des modernen Zionismus ist, dass er eine Ideologie ist, die den Willen aller Juden/Jüdinnen repräsentiert. In Ihrem Aufsatz argumentieren Sie jedoch, dass Kritik am Zionismus in den 1930er und 1940er Jahren in der jüdischen Linken durchaus üblich war und dass diese Geschichte weitgehend ausgelöscht wurde. Können Sie erläutern, worin diese Kritik bestand und von wem sie geäussert wurde?

Benjamin Balthaser: [...] Es gab viele Gründe für [amerikanische] Juden/Jüdinnen, den Zionismus vor den 1940er Jahren abzulehnen. Da ist zum einen die liberale Kritik am Zionismus, die bekanntlich von Elmer Berger und dem American Council for Judaism geäussert wurde. Die Befürchtung dieser Leute war, dass der Zionismus im Grunde eine Art doppelte Loyalität darstellen würde, dass er die Juden/Jüdinnen dem Vorwurf aussetzen würde, sie seien keine echten Amerikaner:innen, und dass er ihre Versuche, sich in die amerikanische Mainstream-Kultur zu assimilieren, tatsächlich vereiteln würde. Elmer Berger vertrat auch die Idee, dass Juden/Jüdinnen weder eine Kultur noch ein Volk, sondern einfach eine Religion sind und

daher ausserhalb des religiösen Glaubens nichts miteinander gemein haben. Ich würde behaupten, dass dies eine assimilatatorische Idee ist, die aus den 1920er und 1930er Jahren stammt und versucht, einer protestantischen Vorstellung von «Glaubensgemeinschaft» zu ähneln.

Für die kommunistische, sozialistische, trotzkistische und marxistische jüdische Linke kam die Kritik am Zionismus aber von zwei Seiten: von einer Kritik am Nationalismus und einer Kritik am Kolonialismus. Sie verstanden den Zionismus als rechtsgerichteten Nationalismus und in diesem Sinne als bürgerlich. Sie sahen ihn in einer Reihe mit anderen Formen des Nationalismus – als Versuch, die Arbeiterklasse an den Interessen der Bourgeoisie auszurichten. In der Zeitschrift *New Masses* erschien 1935 eine berühmte Abrechnung des marxistischen Kritikers Robert Gessner mit Vladimir Jabotinsky, den er als kleinen Hitler am Roten Meer bezeichnete. Die Zionist:innen bezeichnete Gessner als Nazis. Die Linke betrachtete den jüdischen Nationalismus im Allgemeinen als eine rechte Formation, die versucht, eine einheitliche, militaristische Kultur zu schaffen, die die Interessen der jüdischen Arbeiterklasse an den Interessen der jüdischen Bourgeoisie ausrichtete.



Titelblatt der Ausgabe von *New Masses* 1935.

Das ist die eine Kritik am Zionismus. Die andere, meiner Meinung nach für die heutige Linke aktuellere lautet, dass der Zionismus eine Form des Imperialismus ist. Wenn man sich die Pamphlete, Zeitschriften und Reden der jüdischen Linken in den 1930er und 1940er Jahren anschaut, sieht man, dass sie den Zionist:innen vorwarfen, sich mit dem britischen Imperialismus zu verbünden. Sie waren sich der Tatsache bewusst, dass der Nahe Osten zunächst von den Osmanen und dann von den Briten kolonisiert worden war, und sahen den palästinensischen Befreiungskampf als Teil einer globalen antiimperialistischen Bewegung. [...]

Als in den 1940er Jahren der Holocaust begann und Juden/Jüdinnen aus Europa flohen, so gut sie konnten, sprachen sich einige Mitglieder der [amerikanischen] Kommunistischen Partei dafür aus, Juden/Jüdinnen, denen die Vernichtung drohte, zuzugestehen, dass sie nach Palästina, dem einzig naheliegenden Ort migrierten. Das bedeute aber nicht, dass man dort einen Nationalstaat errichten kann. Man muss mit den Menschen, die dort leben, so gut wie möglich auskommen. Es gab eine Kommunistische Partei in Palästina, die für jüdisch-palästinensische Zusammenarbeit eintrat, um die Briten zu entmachten und einen binationalen Staat zu gründen. In der Praxis gestaltete sich das aus vielerlei Gründen, auch aufgrund des abgegrenzten Charakters der jüdischen Siedlungen, schwieriger als in der Theorie. [...]

Earl Browder, Vorsitzender der [amerikanischen] Kommunistischen Partei, erklärte in einer Rede im Hippodrom von Manhattan, ein jüdischer Staat könne nur durch die Vertreibung von einer Viertelmillion Palästinenser:innen entstehen, was damals von vielen als schockierend empfunden wurde, sich aber als dramatische Untertreibung herausstellte. [...]

Sarah Lazare: Wer oder was ist für die Auslöschung dieser Geschichte des jüdischen, linken Antizionismus verantwortlich?

Benjamin Balthaser: Ich würde die Schuld an der Auslöschung nicht allein der Sowjetunion oder dem Zionismus geben, denn wir müssen auch an den Kalten Krieg denken und daran, wie der Kalte Krieg die alte jüdische Linke zerstörte und sie wirklich in den Untergrund trieb und ihre Organisationen zerschlug. Ich denke, wir müssen auch sehen, wie die Hinwendung zum Zionismus als etwas verstanden wurde, das die Juden/Jüdinnen in der Nachkriegszeit wieder hoffähig machen würde. Mit der Hinrichtung der Rosenbergs, der Kommunistenhetze (Rote Angst) der späten 1940er und 1950er Jahre und dem faktischen Verbot der Kommunistischen Partei in den USA, die in den 1930er und 1940er Jahren zur Hälfte jüdisch war, war für einen Großteil des jüdischen Establishments die Verbindung mit dem amerikanischen Imperialismus ein Weg, jüdische Präsenz in den Vereinigten Staaten zu normalisieren. Hoffentlich ist diese Zeit bis zu einem gewissen Grad vorbei.

Wir sehen die Leere und Unfruchtbarkeit, die sich aus der Ausrichtung auf ein amerikanisches imperiales Projekt ergibt, mit Leuten wie Bari Weiss und Jared Kushner. Warum sollte sich jemand wie Bari Weiss, die sich selbst als liberal bezeichnet, mit den reaktionärsten Kräften der amerikanischen Gesellschaft verbünden wollen?

Es ist die blutige Matrix der Assimilation und des Weissseins, die aus der Verstärkung des Kalten Krieges in den 1950er Jahren hervorgegangen ist. Israel war Teil dieses teuflischen Pakts, der besagte: Ja, ihr könnt echte Amerikaner:innen werden, ihr könnt auf gute US-Universitäten gehen, in die Vorstädte ziehen, euch dem Mainstream amerikanischen Lebens anschliessen, solange ihr diese eine kleine Sache für uns tut, nämlich das amerikanische Imperium zu unterstützen.

Mit dem Aufkommen neuer jüdischer und nicht jüdischer Basisbewegungen in den Vereinigten Staaten, die die Rolle der USA bei der Unterstützung des Zionismus infrage stellen, kann sich dieses Kalkül hoffentlich allmählich ändern. Mit dem Aufkommen von Jewish Voice for Peace, IfNotNow, den Democratic Socialists of America und dem Movement for Black Lives, die alle sehr kritisch gegenüber der Unterstützung des Zionismus durch die USA sind, beginnt sich der gesunde Menschenverstand in der jüdischen Gemeinschaft in eine andere Richtung zu bewegen, insbesondere bei der jüngeren Generation. Der Kampf ist noch lange nicht vorbei, aber er stimmt mich ein wenig optimistisch für die Zukunft.

Benjamin Balthaser unterrichtet multietnische amerikanische Literatur an der Indiana University in South Bend, USA. Er ist Autor von «Dedication», einem Gedichtband über die alte jüdische Linke, und der wissenschaftlichen Monografie «Anti-Imperialist Modernism». Zurzeit arbeitet er an einem Buch über jüdischen Marxismus, sozialistisches Denken und Antizionismus im 20. Jahrhundert.

Sarah Lazare ist unabhängige Journalistin und Web-Redakteurin von In These Times.

Quelle: Onlinezeitschrift Jacobin (bit.ly/3Fhd1gu), ursprünglich erschienen in In These Times (bit.ly/3naGB1d).

Die Koexistenz in Israels «gemischten Städten» war immer eine Illusion

Städte mit gemischt jüdischer und palästinensischer Einwohnerschaft in Israel gelten als Modell der friedlichen Koexistenz zwischen beiden Bevölkerungsgruppen. Doch die Realität ist weniger positiv – und erklärt, warum diese Städte im vergangenen Jahr ebenfalls zu Zielpunkten von Protesten wurden.

Jonathan Cook

Im offiziellen israelischen Diskurs werden die «gemischten Städte», in denen jüdische und palästinensische Bürger:innen in enger Nachbarschaft zueinander leben – mit Haifa als Vorzeigestadt – gern als etwas Besonderes und ein Modell für bessere Verständigung und Zusammenarbeit zwischen beiden Gruppen dargestellt. Die Kehrseite wird selten erwähnt. Die Mixed Cities sind so ziemlich die einzigen Gemeinden, in denen jüdische und palästinensische Bürger:innen in irgendeiner Form täglich miteinander zu tun haben. Im Rest des Landes hat Israel eine strikte Trennung der Wohngebiete durchgesetzt. Die palästinensischen Bürger:innen sind auf etwa 120 dichtbewohnte Gemeinden beschränkt, in denen es an Land, Baugenehmigungen, Industriegebieten und Klassenzimmern mangelt.

Arme Wohnviertel

Aber auch in den «gemischten Städten» findet keine wirkliche Vermischung statt. Bevor Israel 1948 auf den Ruinen der Heimat der Palästinenser:innen gegründet wurde, gehörten Städte wie Haifa, Akko, Jaffa, Lod/Lydd und Ramle zu den wichtigsten Städten Palästinas. Die israelische Führung setzte sich zum obersten Ziel, während der Nakba fast alle palästinensischen Einwohner:innen aus diesen Städten zu vertreiben und ins Exil zu schicken. So wurde sichergestellt, dass es keine gebildete, urbane Elite gab, die politischen oder diplomatischen Widerstand gegen die ethnische Säuberungsaktion organisieren konnte.

Heute stammen die meisten Palästinenser:innen in den «gemischten Städten» nicht von den ursprünglich dort lebenden Familien ab, sondern von Flüchtlingen, die bei ihrem Versuch, sich 1948 in Sicherheit zu bringen, in diesen Städten gestrandet sind. Die israelische Armee trieb die Flüchtlinge oft in den ärmsten Gegenden dieser historischen palästinensischen Städte – in Viertel, die Juden/Jüdinnen nicht bewohnen wollten –, und Israel entschied, was mit ihnen geschehen sollte. Die Nachkommen der Flüchtlinge leben noch immer in diesen benachteiligten Stadtteilen, in der Regel als Mieter:innen von Amidar, einer staatlichen israelischen Immobiliengesellschaft. Seit Jahrzehnten verweigert Amidar ihnen Genehmigungen für die Renovation oder Sanierung ihrer Häuser. In der Regel ist Amidar nur allzu gern bereit, die palästinensischen Bewohner:innen zu vertreiben, wenn eine staatliche Behörde oder jüdische Investor:innen entscheiden, dass diese Familien einem «Judaisierungsprojekt» im Wege stehen. [...]¹

In den letzten drei Jahrzehnten verfolgte Israel seine Anstrengungen zur Judaisierung der «gemischten Städte» hauptsächlich durch einen religiösen Zermürbungskrieg. Ein Teil der Siedler:innen wurde ermutigt, die Aufmerksamkeit vom Westjordanland und Ostjerusalem mehr auf Israel zu lenken. Schrittweise drangen sie in die «gemischten Städte» vor, da lokale Gemeinden und staatliche Stellen sie mit Sondermitteln für ihre extremistischen Seminare und Synagogen anlockten. In palästinensischen Vierteln werden Häuser und Grundstücke übernommen, um diese neuen fanatischen Vorposten der wichtigsten Siedlungen des Westjordanlands innerhalb Israels zu etablieren. Der grosse Unmut der Palästinenser:innen in den «gemischten Städten» gegenüber diesen neuen religiösen Besetzer:innen erklärt sich aus dem dringenden Wunsch, die eigene Existenz zu sichern, und nicht aus Antisemitismus.

¹ Coexistence in Israel's 'mixed cities' was always an illusion, 22. Mai 2021, bit.ly/3HeKkSo. Der stark gekürzte Beitrag enthält im Original noch mehr Hinweise auf die Proteste von Frühjahr 2021.



Die Palästinensische Stadt Haifa 1920. Quelle: *Institute for Palestine Studies*.

Archäologie als politische Waffe

Die palästinensischen Städte, die jetzt als «gemischt» definiert werden, lagen meist neben oder über Ruinen aus der Zeit der Römer, der Kreuzfahrer und der Mamluken. Israel hat den palästinensischen Charakter dieser Gemeinden ab 1948 ausgelöscht, indem es den Grossteil der palästinensischen Bewohner:innen vertrieb und sie dann nach und nach als öffentlichen Raum «judaisierte». Archäologische Grabungen wurden ebenso wie die Religion als Waffe gegen die palästinensischen Bewohner:innen dieser Städte eingesetzt, um sie aus dem Bewusstsein zu löschen. Die politische Instrumentalisierung der Archäologie in Israel legt den Fokus auf historische Schichten, die sich nicht auf die jüngste arabisch-palästinensische Vergangenheit beziehen und diese unsichtbar machen sollen.

Darüber hinaus wurden die archäologische Konservierung und damit verbundene Tourismusprojekte zum Vorwand für erneute ethnische Vertreibungen von Palästinenser:innen aus ihren historischen Städten. Das deutlichste Beispiel dafür findet sich im besetzten Ostjerusalem, wo sich die israelische Altertumsbehörde mit der Siedlerorganisation Elad verbündet hat. Gemeinsam haben sie in und unter einem palästinensischen Viertel namens Silwan unter Rückgriff auf höchst zweifelhafte archäologische Beweise einen Themenpark im Disney-Stil, das «Königreich Davids», errichtet. Das Gelände der

Stadt Davids wird seit mehr als drei Jahrzehnten mit Unterstützung der Regierung und der Stadtverwaltung von Jerusalem ausgebaut. Dutzende von bewaffneten jüdischen Siedlerfamilien sind völkerrechtswidrig in das Viertel gezogen. Diese Massnahmen haben die Spannungen, die die palästinensischen Proteste innerhalb Israels und den Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen im vergangenen Jahr ausgelöst haben, mit angeheizt.

Ein Ziel palästinensischer Proteste war unter anderem auch das kurz vor der Eröffnung stehende Museum für ein weltberühmtes, fast vollständig erhaltenes römisches Mosaik, das dort 1996 gefunden wurde. Während das Lod-Mosaik bei einem Anschlag unversehrt blieb, wurde die Glasfront des neuen Gebäudes zertrümmert. Der Unmut der Bewohner:innen über das neue Museum richtet sich gegen zweierlei: Auf der einen Seite wurde das palästinensische Erbe der Stadt jahrzehntelang verschleiert und die heute dort lebende palästinensische Bevölkerung ignoriert, auf der anderen Seite investieren israelische Behörden in Projekte, die Tourist:innen nach Lod bringen sollen, während die in grosser Armut lebende palästinensische Bevölkerung weiterhin vernachlässigt wird. Die Altstadt wurde in den 1950er Jahren grösstenteils zerstört, um deren palästinensischen Charakter auszulöschen. Die Strassen, selbst in palästinensischen Vierteln, haben hebräische Namen erhalten.



Die Orangenernte wird zur Verschiffung bereit gemacht. Quelle: *Institute for Palestine Studies*.

Illusionäre Koexistenz

In Akka sind die archäologischen Grabungen noch offener zu einer Waffe geworden, die gegen die lokale palästinensische Bevölkerung eingesetzt wird. Seit 1948 beschränkte sich ihr Wohngebiet weitgehend auf die dem Meer zugewandte Altstadt, wo sie lange ignoriert in Armut lebten. Als vor 20 Jahren die Vereinten Nationen entschieden, die Altstadt zum Weltkulturerbe zu erklären, hat das zwar die alten Gebäude gerettet, den Einwohner:innen aber wenig gebracht. Ihre Lage ist sogar noch prekärer geworden, da der Staat, jüdische Investor:innen und ausländische Staaten Geld in die «Entwicklung» der Altstadt stecken, ohne sich mit der politischen Vertretung der Palästinenser:innen zu koordinieren.

Das Modell der Koexistenz in den «gemischten Städten» war immer eine Illusion, die durch die Proteste nun endgültig zerplatzt ist. Die Koexistenz funktionierte nur für eine ethnische Gruppe, die jüdische. Sie beruhte auf der fortgesetzten Judaisierung dieser historischen palästinensischen Gemeinden, um ihr palästinensisches Erbe auszulöschen und die palästinensische Bevölkerung zu vertreiben.

Jonathan Cook, mit Medienpreisen ausgezeichnete britischer Autor und Journalist, berichtet regelmässig aus Nazareth über den Nahen Osten und den israelisch-palästinensischen Konflikt.

Impressum

Palästina-Info Winter 2021/22, Auflage: 2200 dt., 500 frz.
Herausgeberin:
Palästina-Solidarität Region Basel,
Mattweg 25, 4144 Arlesheim

www.palaestina-info.ch
info@palaestina-info.ch
Besten Dank für Ihre Spenden auf PC 40-756856-2
IBAN: CH31 0900 0000 4075 6856 2

Das heimtückische Pferd

Die israelische Überwachungssoftware Pegasus ist eine Waffe gegen politische Opposition und Menschen, die sich für Freiheits- und Menschenrechte einsetzen. Sie kann von den Besitzenden unbemerkt auf Mobiltelefonen installiert werden, Geräte manipulieren und sich der Daten bemächtigen.

Hanspeter Gysin

Schon im Jahr 2016 hatte sich eine Recherche an der Universität Toronto mit der auf Cyberspionage spezialisierten israelischen Firma NSO befasst, die Pegasus entwickelt hatte. Doch erst im Zuge der Ermordung des oppositionellen Journalisten Jamal Khashoggi¹, der dem saudischen Herrscher ein Dorn im Auge war, geriet NSO 2018 für kurze Zeit in die Schlagzeilen der Medien. Eine Gruppe Journalist:innen hatte in Zusammenarbeit mit Amnesty International unter dem Titel «Forbidden Stories» (forbiddenstories.org) Pegasus genauer unter die Lupe genommen.

Wie die Untersuchungen zeigten, steht Pegasus heute im Dienst von diktatorischen Monarchien wie Saudi-Arabien oder den Vereinigten Emiraten, autoritären Regimen wie Ägypten, Aserbaidschan, Kasachstan oder auch Ungarn sowie praktisch allen Regierungen und Oligarchien, die mit fundamentaler Opposition und investigativem Journalismus konfrontiert sind. Die Software wurde, nach Angabe der Ermittler, bereits auf Geräten von etwa 50 000 Menschenrechtsaktivist:innen, Journalist:innen, Schlüsselpersonen aus Wirtschaft sowie staatlichen Institutionen und anderen festgestellt. Dass auch der schweizerische Nachrichtendienst zu den Kunden von NSO gehört, sollte zu denken geben.

In Sachen Hochrüstung und Militarisierung steht Israel weltweit an der Spitze. Es ist das Land, das gemessen an der Bevölkerungszahl den höchsten finanziellen und wissenschaftlichen Aufwand für die Entwicklung von Waffen, Sicherheits- und Überwachungstechnologie betreibt. Die unverzichtbare intellektuelle Vorarbeit für die entsprechende Industrie und die Kaderbildung in Sicherheitsfragen leisten die Universitäten des Landes. Die Finanzen kommen aus der Staatskasse oder von ausländischen Investoren. Die NSO-Chefs² haben ihre Karriere bei der Armee und den Geheimdiensten gestartet. Sie verkaufen ihre «Ware» den sicherheitspolitischen Prinzipien des Staates folgend. Ohne formelle staatliche Bewilligung können sie ihr Produkt nicht exportieren.

Wie alle Entwicklungen, die der Konsolidierung von Besatzung und fortschreitender Inbesitznahme Palästinas dienen, findet auch die Überwachungs- und Spionagetechnik ihr Testobjekt in der palästinensischen Bevölkerung. So wie die Drohnentechnologie von Israel auf dem internationalen Markt als «field tested», also im Einsatz erprobt, feilgeboten wird, so ist dies auch bei Technologien für die Massenüberwachung der Fall.³

Die Lieferung der Spionagesoftware erklärt unter anderem, warum sich Israel politisch dem angeblichen Hauptfeind Saudi-Arabien, ihm nahestehenden Scheichtümern wie Bahrain oder dem Königreich Marokko annähert. Motive dazu sind die Liquidierung von Opposition und Widerstand und die gemeinsame Feindschaft zum Mullah-Regime im Iran.



Johannes Hevelius, Astronom 17. Jahrhundert.
Quelle: Wikipedia.

Hier eine (unvollständige) Liste von oppositionellen investigativen Journalist:innen, die in den Jahren seit Vermarktung von Pegasus ermordet wurden:

Jamal Khashoggi (Saudi-Arabien), Miroslava Breach, Javier Valdez Cárdenas, Cecilia Pinedawas, Regina Martínez (Mexiko), Crispin Perez, Desidario Camangyan, Ardiansyah Matra'is, Gerardo Ortega, Darío Fernández Jaén (Philippinen), Wisut Tangwittayaporn (Thailand), Hang Serei Odom (Kambodscha), Sai Reddy, Jagendra Singh (Indien), Soe Moe Tun (Myanmar), Karun Misra, María Efigenia Vásquez Astudillo (Kolumbien), Daphne Caruana Galizia (Malta), Ahmed Hussein-Suale (Ghana).

¹ Das Telefon seiner Frau war mit Pegasus verschlüsselt.

² Die Firma hat heute einen Wert von 1,5 Milliarden Dollar.

³ Siehe den Artikel von *Frontline Defenders*: [tinyurl.com/52w3zjpa](https://www.frontlinedefenders.com/52w3zjpa).